

Czingon, Claudia

Article — Published Version

Zu diesem Heft – Quo vadis, Sozialdemokratie?

Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Czingon, Claudia (2019) : Zu diesem Heft – Quo vadis, Sozialdemokratie?, Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, ISSN 1861-8588, Nomos, Baden-Baden, Vol. 47, Iss. 1, pp. 3-6,
<https://doi.org/10.5771/0340-0425-2019-1-3>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/222494>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zu diesem Heft – *Quo vadis, Sozialdemokratie?*

An Prognosen eines Niedergangs der Sozialdemokratie mangelt es nicht. Diese sind allerdings kein neues Phänomen. Schon in der Vergangenheit wurde ihr immer wieder ein unausweichlicher Bedeutungsverlust prophezeit. So etwa von Ralf Dahrendorf, der davor bereits in den 1980er Jahren warnte.¹ Die Sozialdemokratie, so seine These, würde ihr Profil verlieren, da ihre Themen und Ziele im prosperierenden Nachkriegsdeutschland zum Common Sense geworden seien, zu dem sich mittlerweile alle größeren Parteien bekennen würden. Bemerkenswerterweise hat Dahrendorf diese Warnung zu einem Zeitpunkt ausgesprochen, als es um die SPD gar nicht so schlecht stand. Erst zwei Jahrzehnte später sollte der Verfallsprozess einsetzen. Zwischen 2000 und 2015 hat die europäische Sozialdemokratie etwa 30 Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler verloren.² Bei der SPD sieht es ähnlich düster aus: Während sie bei der Bundestagswahl 1998 noch auf 41 Prozent der Stimmen kam, erreichte sie 2017 mit 20,5 Prozent gerade einmal die Hälfte.

Dahrendorf lag mit seiner Diagnose also nicht falsch, konnte damals aber noch nicht ahnen, dass es für den Niedergang der SPD andere Gründe geben würde als die von ihm genannten. Nicht die zunehmende Orientierung anderer Parteien an sozialdemokratischen Themen, sondern der »Dritte Weg« der SPD, ihr Schulterschluss mit der neoliberalen Agenda, war ausschlaggebend für ihren Wandel zur kontur- und profillosen Partei der Mitte, der die Wählerinnen und Wähler nicht mehr viel abgewinnen können. Zugespielt war es also nicht der Linksruck anderer Parteien – wie noch von Dahrendorf vermutet –, sondern der marktkonforme »Rechtsruck« der SPD, der ihr Ende als Volkspartei heraufbeschwor.³ Parallel dazu lässt sich in den letzten Jahren der Aufstieg der AfD zur neuen Arbeiterpartei beobachten, an die auch die SPD viele Wählerinnen und Wähler verloren hat. Die AfD inszeniert sich als neue Kümmererpartei, die, wie Björn Höcke im Sommer 2018 erklärte, den Linken mit der »sozialen Frage« bald »das Kronjuwel abjagen« möchte.⁴ Wie reagiert die SPD auf diese Entwicklungen? Und was unternimmt sie, um abgewanderte Wählerinnen und Wähler wiederzugewinnen? Diesen Fragen geht unser Autor *Heinz Lynen von Berg* nach. Ein grundlegendes Problem sieht er in der von der SPD bevorzugten und auf Ächtung beruhenden Moralisierungstrategie, die im Hinblick auf das Ziel, die AfD zu schwächen, kontraproduktiv sei und diese vielmehr stärke.

1 Ralf Dahrendorf 1983. *Chancen der Krise*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

2 Thomas Nowotny 2018. »Die notwendige Sozialdemokratie. Warum Ralf Dahrendorf irrte und was es heute braucht«, in *Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 3, S. 29–44.

3 Ebd., S. 31.

4 Liane Bednarz 2018. »Bei AfD-Hardliner-Treffen zeigt sich, wie radikal die Partei wirklich ist«, in *Huffington Post* vom 7. August 2019. www.huffingtonpost.de/entry/bei-afd-hardliner-treffen-zeigt-sich-wie-radikal-die-partei-bereits-ist_de_5b66ac86e4b0b15abaa40703 (Zugriff vom 21.01.2019).

Im Kern der AfD-Ideologie steht eine auf kulturelle Schließung angelegte Identitätspolitik, die Abstiegsängste auf das Thema »Überfremdung« und »Umvolkung« zuspitzt, ethnisch-kulturell auflädt und somit weiter schürt. Als parlamentarischer Arm der Neuen Rechten bezieht die AfD ihre intellektuelle Inspiration von Denkern und Philosophen aus dem konservativen Spektrum, zu denen – neben anderen – auch Carl Schmitt gehört. Um ihr politisches Weltbild zu beschreiben, rekurren die Neuen Rechten nicht nur auf die Freund-Feind-Dichotomie und Schmitts Vorstellung völkisch-nationaler Homogenität, sondern auch auf sein Konzept des Ausnahmezustands,⁵ in dem die autoritären Züge der souveränen Macht besonders gut zur Geltung kommen. Spätestens zum Zeitpunkt des Ausnahmezustands muss nach Schmitt der demokratisch hergestellte Konsens, der sich in der Verfassung repräsentiert, an der faktischen Macht der Deziision scheitern. Der radikale Gestus der Härte und der Entscheidung – der übrigens nicht nur das Denken von Rechten, sondern auch von radikalen Demokraten und Linken prägt – steht im Kontrast zum linksliberalen Rasonieren, dem Streben nach einem Konsens und der normativen Vorstellung, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in einem deliberativen Akt des kommunikativen Austausches rationaler Argumente über das »Gemeinwohl« verständigen können – ein Denken, das Jürgen Habermas wie kein anderer geprägt hat. Im Jahr seines 90. Geburtstags geht unser Autor *Juan Carlos Velasco* der Frage nach, wie sich diese beiden gegensätzlichen politischen Philosophien zueinander verhalten, wobei er Habermas' Rezeption des Schmitt'schen Werks in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellt. Dabei arbeitet er dessen sowohl konfrontativen als auch kontextualisierenden sowie selektiv aneignenden Umgang mit den theoretischen Kategorien des umstrittenen Staatswissenschaftlers und politischen Philosophen heraus.

Was Carl Schmitt für die Neue Rechte ist, das war für die SPD einst Karl Marx. Die SPD galt lange Zeit als parteipolitischer Arm der Arbeiterbewegung, in die Marx die große Hoffnung setzte, den Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Einzug in die SPD-Programmatik hielt der Marxismus erstmals im Rahmen des Erfurter Programms 1891, in dem der Staat als Instrument der herrschenden Klasse beschrieben und eine sozialistische Transformation der Produktion gefordert wurde. Auch die Programme zur Zeit der Weimarer Republik enthielten noch marxistische Elemente, die insbesondere vom SPD-Vordenker der 1920er Jahre, Rudolf Hilferding, inspiriert waren. Die Abkehr der SPD vom Marxismus vollzog sich jedoch spätestens mit dem Godesberger Programm von 1959, das mit seiner Befürwortung von freier Marktwirtschaft mit Wettbewerb und staatlichen Interventionen einer pragmatischen sozialdemokratischen Realpolitik den Weg bereite.⁶ Von der am Marxismus geschulten Sozialdemokratie ist kaum etwas übrig geblieben, obwohl Marx, das meint unser Autor *Christoph Deutschmann*, »aktueller denn je ist«. In seinem Essay argumentiert er, dass die sich zuspitzende

5 Christian Thomas 2016. »Ausnahmezustand für Deutschland«, in *Frankfurter Rundschau online* vom 5. Februar 2016. www.fr.de/kultur/politik-der-afd-ausnahmezustand-fuer-deutschland-a-372310 (Zugriff vom 21.01.2019).

6 Nikolaus Kowall 2018. »Kern-Axiome sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik«, in *Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 3, S. 70–78, hier S. 70–71.

Polarisierung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Eigentum und Nicht-Eigentum an Vermögen noch heute der zentrale Mechanismus ist, der die dynamische Reproduktion des Kapitalismus gewährleistet. Am Laufen gehalten werde dieser Prozess vom Versprechen auf »Wohlstand für alle«, das allerdings illusionär sei, weil es von der kapitalistischen Logik selbst unterwandert werde. Irgendwann gingen dem anlagensuchenden Kapital zwangsläufig die Schuldner beziehungsweise Investitionsmöglichkeiten aus, was ein Ausweichen auf spekulative Finanzgeschäfte begünstige, das Wirtschaftswachstum dämpfe und letztlich auch die erhofften Aufstiegschancen unterminierte.

Marx' programmatische Idee, den Arbeiter als revolutionäres Subjekt und damit als Gestalter der Geschichte zu begreifen, war von einem großen italienischen Philosophen inspiriert, der heute jenseits des Fachkollegiums weitgehend unbekannt ist, obwohl er als einer der originellsten Philosophen der Neuzeit gilt: Giambattista Vico (1668–1744). Vicos Einsichten in den Verlauf der Geschichte waren im 17. Jahrhundert revolutionär und sind bis heute wirkmächtig: Er erkannte, dass es allein die Menschen sind, die die Geschichte machen, womit er der damals herrschenden Vorstellung eines heilsgeschichtlichen Laufs der Dinge widersprach. In seinem Hauptwerk *Neue Wissenschaft* (*Scienza Nuova*) vollzieht er seiner Geschichtsdeutung entsprechend eine erkenntnistheoretische Wende innerhalb der Philosophie. Entgegen dem von Descartes und Galilei repräsentierten Rationalismus, der unterstellt, dass nur die Mathematik und die Naturwissenschaften ein sicheres Wissen über die Welt vermitteln können, wagt er eine ganz neue Sicht auf die Dinge: Der Mensch kann nur das erkennen, was er selbst geschaffen hat. Damit begründet er die Wissenschaft der Kultur. Vico, der bislang vor allem als politischer und geschichtsphilosophischer Denker wahrgenommen wurde, wird in den drei Beiträgen von Jürgen Trabant, Sabine Marienberg und Horst Bredekamp dezidiert als Sprach- und Bildphilosoph vorgestellt, der der traditionell sprachlosen Theorie des Denkens (Descartes) eine Theorie der Verkörperung des Denkens in Zeichen, Bildern und Wörtern entgegenhält. Ausgangspunkt ihrer Betrachtungen ist das Titelbild der zweiten Fassung der *Scienza Nuova*, in dem – ähnlich dem Titelblatt von Thomas Hobbes' »Leviathan« – die zentralen Erkenntnisse des Werks synoptisch zusammenfließen und bildhaft Gestalt annehmen.

Eine der größten Herausforderungen der Sozialdemokratie besteht gegenwärtig gewiss darin, die soziale mit der ökologischen Frage zu verbinden. Maßnahmen zum Klimaschutz gehen nicht selten mit dem Problem einher, dass sie für die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die einfachen Angestellten eine besondere Belastung darstellen, was sich exemplarisch an den Reaktionen auf die Ökosteuer in Frankreich, aber auch im Hinblick auf die drohenden sozialen Folgen eines möglichen Ausstiegs aus der Braunkohleförderung in der Lausitz zeigt. Hier offenbart sich ein grundlegender Konflikt innerhalb der Linken: Sollen die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter auch auf Kosten der Umwelt geschützt werden? Wenn nein, wie lässt sich die als notwendig erachtete Energiewende realisieren, ohne deren Schicksal und Bedürfnisse aus den Augen zu verlieren? Bernhard Gill liefert darauf zwar keine unmittelbaren Antworten, stattdessen aber vielleicht die nötige Portion utopischen Überschuss, um über ökologische Nachhaltigkeit jenseits von »grünem Wachstum«

nachzudenken. In seinem Beitrag schlägt er einen radikalen Perspektivwechsel vor, der auf der Idee eines alternativen Wohlstandsmaßes fußt. Solange das Bruttoinlandsprodukt vorgebe, was Wohlstand sei und wie dieser gemessen werde, so seine These, stünden die Aussichten auf eine Transformation zur ökologisch nachhaltigen Gesellschaft schlecht. Seine Auseinandersetzung mit der »Lebenserwartung« als alternativem Wohlstandsmaß bringt ihn zu der Erkenntnis, dass sich Wohlstand auch anders und unabhängig von stetem Wirtschaftswachstum denken lässt. Wie sich ein solches Ideal gegen den Pragmatismus und das Alternativlosigkeitsparadigma innerhalb der gegenwärtigen Parteienlandschaft durchsetzen soll, bleibt allerdings eine offene Frage.

Claudia Czingon